



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
08.12.2021 und vom 05.01.2022
- 3 4-Phasen-Modell Plantage
  - 3.1 Abschluss Phase 2 - inhaltliches Konzept Areal Plantage, Garnisonkirche,  
Rechenzentrum - gemäß Beschluss 20/SVV/0295 und auf der Basis der  
gemeinsamen Vereinbarung zum Beschluss 20/SVV/1386: Schaffung eines  
FORUMS AN DER PLANTAGE  
Vorlage: 22/SVV/0071  
Oberbürgermeister
  - 3.2 Bürgerbefragung zu Rechenzentrum und Garnisonkirche  
Vorlage: 21/SVV/1201  
Fraktion DIE LINKE
  - 3.3 Grundstücksverträge mit der Stiftung Garnisonkirche Potsdam  
Vorlage: 22/SVV/0062  
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung
  - 4.1 Belarus und das Minsk  
Vorlage: 21/SVV/1259  
Fraktion SPD
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 5.1 Hybridsitzungen in der LHP  
Vorlage: 21/SVV/1025  
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen
  - 5.2 Flächenankauf Friedrichspark  
Vorlage: 21/SVV/1264  
Fraktion Bürgerbündnis
  - 5.3 Funktionale Charakterisierung der zukünftigen Verwaltungsstandorte im Projekt  
CampusLHP - Arbeitswelt der Zukunft  
Vorlage: 21/SVV/1214  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung

- 5.4 Digitalisierungsrat der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 21/SVV/1243  
Oberbürgermeister
  
- 6 Haushaltssatzung 2022
  
- 6.1 Keine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes  
Vorlage: 21/SVV/0641  
Fraktion Freie Demokraten  
zur Erledigung
  
- 6.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2022  
Vorlage: 21/SVV/1248  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, Geschäftsstelle Haushalt
  
- 6.3 Jahresabschlüsse 2018 und 2019 der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) sowie  
Entlastung des Oberbürgermeisters  
Vorlage: 21/SVV/1247  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, FB Rechnungswesen und Steuern
  
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
  
- 7.1 5. Statusbericht zur Stadtteilentwicklung Kramnitz  
Vorlage: 21/SVV/1274  
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte
  
- 7.2 Jagdschloss Stern: Zielbild eines Nutzungskonzeptes bezüglich DS Nr.:  
19/SVV/0752, 20/SVV/1021 und 21/SVV/0855  
Vorlage: 21/SVV/1275  
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte
  
- 7.3 Vergabebericht 2020 der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 21/SVV/1221  
Oberbürgermeister, Fachbereich Recht und Vergabemanagement
  
- 7.4 Studie zur "Leitbildentwicklung Potsdamer Innenstadt"  
Vorlage: 21/SVV/1236  
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
  
- 7.5 Fördermittelmanagement in der LHP  
Vorlage: 21/SVV/1299  
Oberbürgermeister, Fachbereich Recht und Vergabemanagement
  
- 7.6 Report der Beauftragten für Migration und Integration 2021
  
- 7.7 Vorlage der Vermietungsrichtlinie  
gemäß Beschluss: 21/SVV/1119

7.8           Arbeitsplanung Hauptausschuss 2022

8             Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1           Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die **50. Sitzung des Hauptausschusses**, die im Format einer Videokonferenz stattfindet.

#### **zu 2           Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.12.2021 und vom 05.01.2022**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung bestätigen 17 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses ihre Anwesenheit. **Im Verlauf der Sitzung werden nur die Mitglieder in der Abstimmung berücksichtigt, die per Bild und Ton zugeschaltet sind.**

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, den Tagesordnungspunkt **7.4** - Studie zur "Leitbildentwicklung Potsdamer Innenstadt" **zurückzustellen** und in die Tagesordnung der Sitzung am 09.02.2022 aufzunehmen.

Seitens der Fraktion DIE LINKE wurde darum gebeten, den Tagesordnungspunkt **3.2** - Bürgerbefragung zu Rechenzentrum und Garnisonkirche, DS 21/SVV/1201 **zurückzustellen**.

Die so **geänderte Tagesordnung** wird zur Abstimmung gestellt und mit 16 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **bestätigt**.

Im Weiteren verweist er auf vorliegende Anträge auf Rederecht

- vom Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V.", Herrn Carsten Linke und
- der Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche c/o Studentisches Kulturzentrum Hermann-Elflein-Str. 10, Frau Sara Krieg

Diese Rederechte werden einstimmig **bestätigt**.

Zur **Niederschrift** der 48. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 08.12.2021 gibt es keine Anmerkungen; die Niederschrift wird mit 14 Ja-Stimmen **bestätigt**, bei 3 Stimmenthaltungen.

Zur **Niederschrift** der 49. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 05.01.2022 gibt es keine Anmerkungen; die Niederschrift wird mit 13 Ja-Stimmen **bestätigt**, bei 4 Stimmenthaltungen.

### zu 3      **4-Phasen-Modell Plantage**

#### zu 3.1      **Abschluss Phase 2 - inhaltliches Konzept Areal Plantage, Garnisonkirche, Rechenzentrum - gemäß Beschluss 20/SVV/0295 und auf der Basis der gemeinsamen Vereinbarung zum Beschluss 20/SVV/1386: Schaffung eines FORUMS AN DER PLANTAGE**

**Vorlage: 22/SVV/0071**

Oberbürgermeister

Eingangs ruft der Oberbürgermeister die Rederechte auf. Für den Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam e.V.", führt Herr Carsten Linke aus, dass das Vorliegen eines Zwischenergebnisses zwar begrüßt werde, aber von einer Jugendbegegnungsstätte wie avisiert keine Rede mehr sei. Darüber hinaus verstärkte sich der Eindruck, dass gemäß des Punktes 5 der Beschlussvorlage, die Stadt über das Prinzip „linke Tasche, rechte Tasche“ letztlich die Stiftung subventioniere, was nicht zur Anwendung kommen dürfe. Frau Sara Krieg unterstreicht die Position der Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche und betont, dass das vorgeschlagene Erbpachtmodell abgelehnt werde, da es dem Bürgerwillen widerspreche. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Bürgerbefragung aus dem Jahr 2014 und die entsprechenden Anträge im Rahmen des Bürgerhaushaltes.

Der Oberbürgermeister nimmt in seinen Ausführungen Bezug auf die letzte Sitzung des Hauptausschusses in der die Positionen und einzelnen Standpunkte ebenso deutlich geworden seien, wie die Tatsache, dass es noch viele offene Fragen gebe. Im Weiteren erläutert er die Powerpoint-Seite (dem Ratsinformationssystem als Anlage beigelegt) und betont, dass mit dem Ergebnis der Phase 2 – nämlich dem inhaltlichen Konzept für das Areal Plantage, Garnisonkirche, Rechenzentrum, die weiteren Schritte mit einer Machbarkeitsstudie und einem städtebaulich-architektonischen Realisierungswettbewerb folgen und in der Beteiligung der Eigentümer, Nutzenden sowie der Stadtgesellschaft münden, bevor zum Abschluss der Phase 3 wiederum eine Entscheidung durch die Stadtverordnetenversammlung zu treffen sei. Der Beschlussvorschlag soll in der heutigen Sitzung zur Debatte stehen, um anschließend die Diskussion in den Fraktionen zu führen und evtl. Änderungswünsche und Fragen zuzuarbeiten. Änderungsvorschläge der Fraktionen DIE LINKE und CDU seien bereits in den Beschlussvorschlag aufgenommen worden.

Er plädiert dafür, eine Entscheidung frühestens in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am kommenden Mittwoch, 26.01.2022 zu treffen.

Anschließend unterstreicht Herr Finken in seinen Ausführungen, dass es angeraten sei, sich Zeit zu nehmen, um eine präzise Entscheidung zu treffen, die auch breit getragen werde. Für eine politische Beratung und Bewertung in den Fraktionen sei keine Zeit gewesen, da die Drucksache erst am späten Montagnachmittag vorgelegen hat. Insbesondere die Beteiligung am Prozess sei die am häufigsten geübte Kritik und im Kuratorium der Stiftung habe der Vorschlag auch keine uneingeschränkte Zustimmung erfahren. Außerdem gebe es unterschiedliche Rechtsauffassungen zur Kompetenz der Kuratoriumsmitglieder und zur Auslegung der Verträge.

Er stellt den

**Antrag zur Geschäftsordnung:**

Überweisung der DS 22/SVV/0071 in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität und den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Nach dem Verweis des Oberbürgermeisters zum verabredeten Verfahren und der Möglichkeit, eine Überweisung in die Fachausschüsse auch in der kommenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stellen zu können

**Abstimmung:**

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

mit 8 Nein-Stimmen abgelehnt,  
bei 4 Ja-Stimmen und  
5 Stimmenthaltungen.

Frau Hüneke sieht den Beschlussvorschlag als hinreichend genau und offen, um ihn in einem breiten Rahmen weiter diskutieren zu können; auch in der Stadtgesellschaft und auch, um offene Fragen zu klären. Die vorgeschlagene Reihenfolge sei sinnvoll und werde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen getragen.

Herr Teuteberg bedankt sich für die Möglichkeit Anmerkungen und Hinweise geben zu können; allerdings seien die der Fraktion der Freien Demokraten nicht berücksichtigt worden. Aus diesem Grunde sehe die Fraktion den Beschlussvorschlag kritisch und bemängelt auch die formale Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung, die aus seiner Sicht nicht den formalen Anforderungen entspreche. Kritisch werde gesehen, dass das Rechenzentrum von vornherein 1:1 festgeklopft werde, was keine Offenheit für Varianten zulasse. Seine Fraktion könne sich vieles vorstellen, was sich in entsprechenden Änderungsanträgen niederschlagen werde. Außerdem würde er sich gern am Auswahlprozess beteiligen wollen.

Nach dem Verweis des Oberbürgermeisters auf entsprechende Regelungen in der Brandenburgischen Kommunalverfassung und der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung, merkt Frau Tinney an, dass sich Wesentliches aus ihrer Sicht nicht im Beschlussvorschlag wiederfindet. Die Fraktion DIE aNDERE begrüße es zwar, dass sich viele politische Kräfte für den Erhalt des Rechenzentrums aussprechen, ein Nebeneinander von Garnisonkirche und Rechenzentrum möglich ist und die Stiftung vom Bau eines Kirchenschiffes abrücke, aber die zentrale Forderung, kein städtisches Geld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche zu verwenden, wurde im Beschlussvorschlag nicht berücksichtigt. Deshalb werde die Fraktion DIE aNDERE dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Frau Dr. Müller verweist darauf, dass sich die Fraktion DIE LINKE in der Auseinandersetzung mit dem Beschlussvorschlag zum einen von dem Grundsatz habe leiten lassen, das Rechenzentrum zu erhalten, verbunden mit der weiteren Selbstverwaltung der Nutzenden; das finde sich in der Drucksache auch wieder. Zum anderen vom Grundsatz, kein städtisches Geld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche zu verwenden. Diesbezüglich werde die vorgeschlagene Erbbaupacht kritisch betrachtet und in einem Änderungsantrag der Fraktion seinen Niederschlag finden, mit dem die Fraktion die kostenlose Rückübertragung des Grundstücks an die Stadt fordere; eine Erbbaupacht könne es nur unter bestimmten Bedingungen geben. Die Fraktion spreche sich im Weiteren für Beteiligung und Transparenz im weiteren Prozess und nicht nur bei

der Bürgerbefragung aus – hier gebe es noch zu klärende Punkte „wer, wann, was liefere“, was nicht in die Beschlussvorlage gehöre, aber einer klaren Verständigung bedarf. Außerdem sei die Frage, wie die Arbeit der Arbeitsgruppe transparent gemacht werden könne, ein Modus der Information über Zwischenergebnisse verabredet und ein Arbeitsplan für die Arbeitsgruppen aufgestellt werden könne.

Die Fraktion der SPD, so Frau Dr. Zalfen, sehe in dem vorliegenden Verfahren eine Chance, dass das Areal tatsächlich als Versöhnungsort wahrgenommen werde. Eine Überweisung in die Fachausschüsse mache da keinen Sinn; zumal die Arbeitsgruppen konkrete Aufgaben haben und der Beschlussvorschlag durch die gemeinsame Diskussion geprägt wurde. Seitens der Fraktion werde begrüßt, dass hier ein Kompromiss der Akteure vorliege, der die Anerkennung der Gebäude beinhalte und deren Nutzung Teil des Prinzips sei. Das Forum **AN DER PLANTAGE** werde zum Synonym für das ganze Areal, womit das Projekt nur gewinnen könne. Ebenso trage die Fraktion die Offenheit für die Lücke zur Klärung rechtlicher Fragen. Einen „glaubwürdigen Ort der Versöhnung“ zu schaffen, sei der legitime Anspruch der Kirche, was dieser auch zugestanden werden müsse. Und diese Chance für die Stiftung, die seit Jahren den Turm der Garnisonkirche baue, könne sich auch positiv auf die Spendenbereitschaft auswirken.

Die Position der AFD, so Herr Said, sei hinlänglich bekannt, insbesondere zum Erhalt des Rechenzentrums und dem „um die Ecke“ entstehenden Kreativzentrums. Hätte es in den vergangenen Jahren einen „ehrlichen Ruf“ aus Potsdam gegeben, wäre auch die Spendenbereitschaft größer. Der Wunsch, keine städtischen Mittel zu verwenden, sei nachvollziehbar und die rechtliche Situation zu besprechen und zu bewerten.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es die Frage sei, ob der notwendige Vorlauf für die Entscheidung dieser Vorlage ausreiche. Er meine, nein, da diese in wesentlichen Punkten (gegenüber dem Entwurf) geändert wurde und die Fraktionen sich damit noch nicht befassen konnten. Die Entscheidung dürfe so wenig wie möglich angreifbar sein und der Beschluss, kein städtisches Geld zu verwenden, müsse bekräftigt werden. Darüber hinaus werde Klarheit darüber benötigt, wieviel Raum für einen möglichen Plenarsaal im Haus der Demokratie zur Verfügung stehe und welche Nutzung möglich sei, wenn dieser evtl. doch am Standort des Verwaltungscampus gebaut werde. Das erst in den Arbeitsgruppen festzustellen, wäre viel zu spät.

Im Ergebnis der Diskussion betont der Oberbürgermeister, dass auch er den Grundwiderspruch zwischen den einzelnen Standpunkten nicht auflösen könne und genau deshalb ein Kompromiss vorgeschlagen werde. Im nächsten Schritt soll im Rahmen der Machbarkeitsstudie die Ergebnisse der Phase 2 präzisiert und offene Fragen geklärt werden. Die beiden beteiligten Parteien haben die Bereitschaft signalisiert, den vorgeschlagenen Weg gemeinsam mit der Stadt weiterzugehen. **Alle** mitzunehmen werde nie gelingen! Alle Standpunkte seien legitim; eine gemeinsame Lösung ergebe sich aus den vertiefenden Untersuchungen und den zu klärenden rechtlichen Fragen. Die unterschiedlichen Sichtweisen zum Grundstück finden ihren Niederschlag im Punkt 5. Er werbe nachdrücklich für den vorgeschlagenen Zeitplan und eine zügige Beauftragung der Machbarkeitsstudie, weil 2023 die Nutzung des Rechenzentrums auslaufe. Ihm erschließe sich allerdings nicht, welche vertiefenden Fragen der Ausschuss für Finanzen oder der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes klären sollen. Deshalb auch die

Entscheidung, gehen wir den üblichen Weg oder erfolgt die vorgeschlagene Klärung in einem sauberen Verfahren und der nötigen Fachlichkeit.

Er plädiert dafür, heute nicht über den Beschlussvorschlag abzustimmen, bittet aber darum den „Weg so weiter zu gehen“; den vorgeschlagenen Dreiklang als Kompromiss.

Nach weiteren Meinungsäußerungen wird der Tagesordnungspunkt im Sinne dieses Vorschlags **ohne Abstimmung** beendet.

**zu 3.2 Bürgerbefragung zu Rechenzentrum und Garnisonkirche**

**Vorlage: 21/SVV/1201**

Fraktion DIE LINKE

**zurückgestellt**

**zu 3.3 Grundstücksverträge mit der Stiftung Garnisonkirche Potsdam**

**Vorlage: 22/SVV/0062**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen

Hierzu gibt es keine Rückfragen; die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung**

**zu 4.1 Belarus und das Minsk**

**Vorlage: 21/SVV/1259**

Fraktion SPD

Der Oberbürgermeister verweist auf eine Stellungnahme der Hasso-Plattner-Stiftung und der Direktorin des Museums, die signalisiert haben, dass weder die Stiftung noch die Direktorin des Museums eine derartige Nutzung des Museums DAS MINSK beabsichtigen und sich hierzu nicht positionieren. Die in der Vorlage unterstellte Intention besteht weder bei der Direktion noch war sie Teil im Prozess der Namensgebung.

Auf Nachfrage informiert er, dass die Stiftung eigenständig auf den Antrag reagiert habe und diese Nachricht am Dienstagabend in der Stadtverwaltung eingegangen sei. Daraufhin bittet Herr Heuer, dieses Schreiben den Fraktionen zur Verfügung zu stellen, um dazu Rücksprache nehmen zu können.

Herr Dr. Scharfenberg bestätigt die Aussage der Stiftung, die ihm im Gespräch mit Vertretern dieser ebenfalls übermittelt wurde. Er plädiert dafür, dass der Antrag zurückgezogen wird.



## zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

### zu 5.1 Hybridsitzungen in der LHP

**Vorlage: 21/SVV/1025**

Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Zalfen betont bei der Antragsbegründung, dass es vordergründig darum geht, die digitale Ausstattung mit dem avisierten Plenarsaal mitzudenken, um auf der Grundlage rechtssicherer Verfahren und einer entsprechenden technischen Ausstattung Gremiensitzungen durchführen zu können.

Der Oberbürgermeister verweist auf die im Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung einstimmig empfohlene Änderung des Punktes:

#### Phase 1 - Erstellung Konzept

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum ~~ersten Quartal 2022~~ **zur Stadtverordnetenversammlung im September 2022** ein Konzept für hybride Sitzungen zu erarbeiten. In dem Konzept sollen u.a. die prozessualen **und rechtlichen** Fragen, **der Koordinierungsbedarf zum Beispiel mit der Arbeitsgruppe Stärkung des kommunalen Ehrenamtes** und die technischen Anforderungen, beschrieben werden. Weiterhin soll hier ein Zeitplan **sowohl zu Phase 2 und 3 (s.u.) als auch** zu einer möglichen Umsetzung im Rahmen der baulichen Realisierung neuer Plenar- und Ausschussräume für die SVV vorgelegt werden.

Diese Änderungen sind im Ratsinformationssystem hinterlegt. Da es keinen weiteren Redebedarf gibt, wird der so geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf Grundlage der neuen Kommunalverfassung die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für hybride SVV-, Ausschuss- Fraktions- sowie Ortsbeiratssitzungen in der LHP zu schaffen. Dabei soll in drei Phasen vorgegangen werden:

#### Phase 1 - Erstellung Konzept

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum ~~ersten Quartal 2022~~ **zur Stadtverordnetenversammlung im September 2022** ein Konzept für hybride Sitzungen zu erarbeiten. In dem Konzept sollen u.a. die prozessualen **und rechtlichen** Fragen, **der Koordinierungsbedarf zum Beispiel mit der Arbeitsgruppe Stärkung des kommunalen Ehrenamtes** und die technischen Anforderungen, beschrieben werden. Weiterhin soll hier ein Zeitplan **sowohl zu Phase 2 und 3 (s.u.) als auch** zu einer möglichen Umsetzung im Rahmen der baulichen Realisierung neuer Plenar- und Ausschussräume für die SVV vorgelegt werden.

#### Phase 2 – Pilotphase

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf Grundlage des Konzeptes aus Phase 1 die technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass zwei Ausschüsse als Pilot-/Modellvorhaben mit hybriden Sitzungen beginnen können. In dieser Pilotphase sollen Konzept und Umsetzungsschritte in regelmäßiger Rückkoppelung mit den Nutzenden überprüft und ggf. angepasst werden.

### Phase 3 – Technische Umsetzung

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf Grundlage des Konzeptes aus Phase 1 sowie der Erfahrungen und Modifikationen aus Phase 2 die technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Ausschüsse, die Stadtverordnetenversammlungen sowie die Fraktionen in ihren neuen Räumen in hybrider Form entsprechend der Zeitplanung tagen können.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:           **15**  
Ablehnung:               **0**  
Stimmenthaltung:       **2**

#### **zu 5.2 Flächenankauf Friedrichspark**

##### **Vorlage: 21/SVV/1264**

Fraktion Bürgerbündnis

Die Ausschüsse für Klima, Umwelt und Mobilität, für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes sowie für Finanzen empfehlen, den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt abzuschließen.

Da es dazu keinen weiteren Redebedarf gibt, wird die Erledigung durch Verwaltungshandeln zur Abstimmung gestellt:

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:           **16**  
Ablehnung:               **0**  
Stimmenthaltung:       **0**

Herr Krämer konnte an der Abstimmung wegen fehlendem Bild/Ton nicht an der Abstimmung teilnehmen.

#### **zu 5.3 Funktionale Charakterisierung der zukünftigen Verwaltungsstandorte im Projekt CampusLHP - Arbeitswelt der Zukunft**

##### **Vorlage: 21/SVV/1214**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung

Redebedarf besteht zu dieser Beschlussvorlage nicht, so dass diese zur Abstimmung gestellt wird:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die funktionale Charakterisierung der künftigen Verwaltungsstandorte in:

- Campus Innenstadt als **Ort des Service und Dialog in der Stadtmitte**
- Campus Heinrich-Mann-Allee als **Ort der inneren Verwaltung**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:           **14**  
Ablehnung:               **0**  
Stimmenthaltung:       **2**

Herr Krämer konnte an der Abstimmung wegen fehlendem Bild/Ton nicht an der Abstimmung teilnehmen.

#### **zu 5.4 Digitalisierungsrat der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 21/SVV/1243**

Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und stellt anschließend die vorgeschlagenen Mitglieder vor, die ihre Bereitschaft erklärt haben, sich aktiv in diese Thematik einbringen zu wollen. Mit den vorgeschlagenen Kandidaten habe die Landeshauptstadt die große Chance deren Potential für die städtischen Ziele nutzen zu können.

Er sagt zu, die Präsentation den Fraktionen zur Verfügung zu stellen, um sich zu diesen Vorschlägen verständigen zu können.

Auf die Nachfrage von Herrn Walter, welches Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in den Digitalisierungsrat entsendet werden soll, entgegnet der Oberbürgermeister, dass er hier nicht vorgehen und die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung selbst überlasse. Vorstellbar sei der/die Vorsitzende des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung oder ein Mitglied dieses Ausschusses. Bezugnehmend auf den von Herrn Krämer geäußerten Hinweis, dass der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung diese Vorlage wegen Fehlens der namentlichen Vorschläge zurückgestellt habe, stellt der Oberbürgermeister klar, dass er bei der Einbringung der Vorlage darauf verwiesen habe, erst im Hauptausschuss namentliche Vorschläge unterbreiten zu können. Diesen Fehler in der Beratungsreihenfolge bittet er zu entschuldigen. Trotzdem sollten die Fraktionen darüber beraten und eine Entscheidung in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung getroffen werden.

Eine Abstimmung erfolgt NICHT.

#### **zu 6 Haushaltssatzung 2022**

Der Beigeordnete für Finanzen, Investitionen und Controlling, Herr Exner, verweist in seinen Erläuterungen an Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) auf die Einbringung am 01.12.2021 unter dem Leitgedanken, den Haushalt 2022 inkl. Mittelfristplanung, trotz der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Wirtschaft und öffentliche Finanzen, möglichst „durch die Krise durchzutragen“. Das bedeutet mit der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes: Weiterhin wachsende Geschäftsbereichsbudgets und somit grundsätzlich keine Kürzungen oder Einsparungen in diesen. Er betont, dass Potsdam sich damit für einen anderen Weg entschieden hat als viele andere Kommunen, die im letzten Jahr beginnen mussten, Einschnitte und Kürzungen vorzunehmen.

Im Weiteren geht er auf die Ergebnislinie ein und die Auswirkungen auf diese durch den Mehraufwand in der Verwaltung sowie auf Risiken im kommunalen Finanzausgleich. Rückfragen dazu gibt es nicht.

**zu 6.1 Keine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes**  
**Vorlage: 21/SVV/0641**  
Fraktion Freie Demokraten  
zur Erledigung

Herr Teuteberg bringt den Antrag ein und sieht die Notwendigkeit, auch in den Folgejahren auf eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes zu verzichten, Herr Exner verweist darauf, dass mit der Haushaltssatzung 2022 keine Erhöhung geplant sei und bittet, sich an Zahlen, Fakten und Daten zu halten. Von den registrierten Betrieben seien nur 15 – 18 % in der Gewerbesteuerpflicht. Im Weiteren erwähnt er die umzusetzende Gewerbesteuerreform und gibt zu bedenken, dass mit der hier beantragten Selbstbindung ein Verstoß gegen die KomHKV vorliegen könnte.

Nach einem weiteren Meinungsaustausch wird eine Änderung des Beschlusstextes in Erwägung gezogen sowie eine Erledigung durch Verwaltungshandeln. Letztlich wird durch den Oberbürgermeister die **Zurückstellung des Antrags bis zur Diskussion der Haushaltssatzung 2023/24** zur Abstimmung gestellt und mit 15 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

**zu 6.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2022**  
**Vorlage: 21/SVV/1248**  
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, Geschäftsstelle Haushalt

Der Oberbürgermeister stellt die Beschlussvorlage (vorbehaltlich der noch zu beratenden Änderungs- und Ergänzungsanträge der Fraktionen und der Verwaltung) zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2022 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen.

Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>10</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>7</b>

**zu 6.3 Jahresabschlüsse 2018 und 2019 der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) sowie Entlastung des Oberbürgermeisters**  
**Vorlage: 21/SVV/1247**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, FB Rechnungswesen und Steuern

Der Oberbürgermeister stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung, da es hierzu keinen Redebedarf gibt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vom Kämmerer aufgestellten und vom Oberbürgermeister am 10.11.2021 festgestellten **Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018** in der vorliegenden Fassung (Anlage 1).
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vom Kämmerer aufgestellten und vom Oberbürgermeister am 10.11.2021 festgestellten **Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019** in der vorliegenden Fassung (Anlage 2).
3. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt darüber hinaus alle im Rahmen der Jahresabschluss-arbeiten bekannt gewordenen unabweisbaren über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres **2018** (Anlage 3) **sowie** des Haushaltsjahres **2019** (Anlage 4). Die Unabweisbarkeit wurde durch das Rechnungsprüfungsamt im Rahmen der Jahresabschlussprüfung bestätigt.
4. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresabschlüsse **2018 und 2019** zur Kenntnis.
5. Dem bis 27.11.2018 das Amt innehabenden Oberbürgermeister, Herr Jann Jakobs, und dem ab 28.11.2018 das Amt innehabenden Oberbürgermeister, Herr Mike Schubert, wird jeweils gemäß der Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes, nach § 82 Absatz 4 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) uneingeschränkte Entlastung für das Haushaltsjahr **2018 und** dem Oberbürgermeister, Herr Mike Schubert, für das Haushaltsjahr **2019** erteilt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>12</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>5</b>

**zu 7      Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 7.1      5. Statusbericht zur Stadtteilentwicklung Kramnitz  
Vorlage: 21/SVV/1274**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen; Redebedarf besteht hierzu nicht.

**zu 7.2      Jagdschloss Stern: Zielbild eines Nutzungskonzeptes bezüglich DS Nr.:  
19/SVV/0752, 20/SVV/1021 und 21/SVV/0855  
Vorlage: 21/SVV/1275**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte

Herr Dr. Scharfenberg bedankt sich für die Vorlage; jetzt gelte es konkret zu werden und „Butter bei die Fische“ zu geben.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 7.3 Vergabebericht 2020 der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 21/SVV/1221**

Oberbürgermeister, Fachbereich Recht und Vergabemanagement

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen; Redebedarf besteht hierzu nicht.

**zu 7.4 Studie zur "Leitbildentwicklung Potsdamer Innenstadt"**

**Vorlage: 21/SVV/1236**

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

**Zurückgestellt** bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 09.02.2022.

**zu 7.5 Fördermittelmanagement in der LHP**

**Vorlage: 21/SVV/1299**

Oberbürgermeister, Fachbereich Recht und Vergabemanagement

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen; Redebedarf besteht hierzu nicht.

**zu 7.6 Report der Beauftragten für Migration und Integration 2021**

Hierzu besteht kein Redebedarf.

**zu 7.7 Vorlage der Vermietungsrichtlinie  
gemäß Beschluss: 21/SVV/1119**

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, verweist auf die Berichterstattung in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion. Anschließend erläutert Herr Westphal an Hand einer Powerpoint-Präsentation die Verfahrensweise. In der sich anschließenden Diskussion werden Aufwand und Missbrauchsanfälligkeit, das Losverfahren sowie die Punkteverteilung diskutiert.

Frau Dr. Zalfen stellt im Ergebnis fest, dass jetzt mit einem pragmatischen nicht überkomplexen Vorschlag gestartet werden könne, was sie begrüße. Auf ihre Nachfrage informiert der Oberbürgermeister, dass es erste Gespräche mit den Wohnungsgenossenschaften gegeben habe und die Vorstellung der Vermietungsrichtlinie positiv aufgenommen wurde. Er Westphal betont, dass Erfahrungswerte anderer Kommunen mit einbezogen wurden und die Verfahren rechtskonform und effizient durch Standards gestaltet werden. Ziel sei es, das Projekt in die digitalen Prozesse einzupflegen, um den jetzigen Aufwand dann nicht mehr zu haben.

**zu 7.8      Arbeitsplanung Hauptausschuss 2022**

Die vorgeschlagene Arbeitsplanung wird zur Kenntnis genommen. Herr Dr. Scharfenberg bittet, diese als verbindlich und verpflichtend anzusehen sowie die Tagesordnungen so zu gestalten, dass ausreichend Zeit für die vorgesehenen Themen bleibt.

Frau Hünecke schlägt vor, zukünftig zu Beginn der Tagesordnung festzustellen, zu welchen Punkten eine Aussprache gewünscht werde und es Rückfragen an die Verwaltung gebe, um die Mitarbeitenden nicht lange warten zu lassen.

**zu 8            Sonstiges**

Keine Themen